



Niederschrift

15. Sitzung Gemeinderat
29. September 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 6 der Tagesordnung: Kontaktstelle Frau und Beruf:

6.1 Kontaktstelle Frau und Beruf, Sachstand und weiteres Vorgehen

Vorlage: 2020/0961

6.2 Städtische Weiterfinanzierung der Kontaktstelle Frau und Beruf

Anfrage: GRÜNE

Vorlage: 2020/0904

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss den Bericht über die aktuelle Situation der Kontaktstelle „Frau und Beruf Karlsruhe – Mittlerer Oberrhein“ zur Kenntnis.
2. Sollte es keine positive Lösung gemeinsam mit dem Land Baden Württemberg geben, wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für ein Beratungsangebot für Frauen aus dem Stadtkreis Karlsruhe gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten zu erarbeiten und die erforderlichen Mittel dafür im Entwurf des Haushalts 2021 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass Ende des Monats, also eigentlich morgen, die Antragsfrist für die Landesförderung ausläuft, dass nach den derzeitigen Förderbestimmungen eine eigene Kontaktstelle nur für den Stadtkreis Karlsruhe nicht förderungsfähig wäre: Man braucht eine regionaltätige Kontaktstelle, um an diese Förderung des Landes zu kommen. Gleichzeitig muss es eine konkrete Kontaktstelle an einer Stelle sein. Wir werden dennoch für den Stadtkreis die entsprechenden Landeszuschüsse beantragen, denn wenn außen die anderen Kreise drumherum nicht mitmachen, dann verstehe ich nicht ganz, warum wir nicht dann zumindest eine solche Kontaktstelle gefördert bekommen. Wir werden auch ein Modell anbieten, dass

wir dezentrale Angebote bei den entsprechenden Landratsämtern beziehungsweise bei den Stadtkreisverwaltungen zu einer Gesamtkontaktstelle zusammendenken. Ich habe darüber mit den entsprechenden politischen Verantwortlichen geredet. Die wären mit so einer Vorgehensweise einverstanden. Damit würde zwar nicht das Kriterium erfüllt, dass es an einer Stelle eine Kontaktstelle sein muss, aber wir würden sicherstellen, dass in der ganzen Region in allen Stadt- und Landkreisen ein solches Angebot vorgehalten wird. Wenn es, so wie bisher auch, an die Verwaltung angeknüpft ist, würde eine zweite Voraussetzung erfüllt, dass es eine von den bisherigen Anbietern Arbeitsagentur, IHK und Handwerkskammer unabhängige Kontaktstelle sein muss. Insofern versuche ich es mit diesen beiden Varianten doch noch in die Landesförderung zu bekommen. In der Hoffnung, dass das Land am Ende überwiegend ein Interesse an diesen zusätzlichen Beratungsangeboten hat und nicht unbedingt nur das Interesse an einer bestimmten Organisationsform. Dazu müssen wir aber abwarten, wie sich das Land am Ende dazu verhält.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Vielen Dank für die Vorlage. Wir begrüßen das Vorgehen der Stadt, das in einem ersten Schritt versucht wird, eine gemeinsame Lösung mit dem Land Baden-Württemberg für eine Weiterfinanzierung der Kontaktstelle zu finden. So könnte das bereits aufgebaute Netzwerk für ratsuchende Frauen in der Region Mittlerer Oberrhein erhalten werden. Scheitert dieser Versuch, wird es das Angebot in der bisherigen Form nicht mehr geben. Dieses frauenpolitisch wichtige Angebot soll jedoch grundsätzlich erhalten und nicht einfach abgebaut werden. Erforderlich ist es – wie vorgeschlagen – zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten das Konzept bedarfsorientiert zu überarbeiten. Die Ziele des Programms – Vereinbarkeit von Beruf und Familie, berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten und Gewinnung von Fachkräften für Unternehmen – sind nach wie vor aktuell und müssen konsequent weiterverfolgt werden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Auch von unserer Seite begrüßen wir die Alternativen, die von der Verwaltung angedacht sind. Insgesamt ist es sehr bedauerlich, dass entsprechende Förderungen, die bisher aufgrund von Stiftungen usw. zur Verfügung standen, für dieses wichtige Themenfeld nicht mehr zur Verfügung stehen, und dass sich auch andere Institutionen herausnehmen. Wir halten dieses Projekt nicht nur für Frauen politisch oder gesellschaftlich für wichtig, sondern im Hinblick auch auf bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Familien insgesamt und gesamtgesellschaftlich. Es ist ein wichtiges Thema, dass die Vernetzung, die Organisation, Strukturen, Einbindung von Frauen im Beruf in bestimmte Fachkräftepotentiale weiterhin unterstützt werden können.

Wir hoffen, dass sich gemeinsam mit dem Landkreis und mit der Region eine Lösung findet, die auch auf Dauer tragfähig wäre. Denn wir sehen natürlich, dass wir als Stadt nicht allein das Ganze stemmen und finanzieren können, zumal die Beratungsangebote auch Einwohnerinnen aus dem Umkreis zugutekommen. Wir sehen es aber zuversichtlich, dass ein Plan B gegeben ist mit der Ansiedlung bei unserer Gleichstellungsbeauftragten, die auch Synergien herstellen kann.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch als SPD-Fraktion nehmen wir diese Vorlage zur Kenntnis und geben unsere Zustimmung für den hier aufgezeigten Weg. Wobei wir natürlich, ähnlich, wie sicherlich auch die Fachverwaltung und meine Vorrednerinnen, nicht zufrieden sind. Dass Gleichberechtigung immer noch nicht verwirklicht ist, zeigt sich gerade und oftmals auch in eklatanter Weise im beruflichen Bereich. Von daher erachten wir es als eine wirklich wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hier gegenzusteuern, kompetente Unterstützung anzubieten und eine spe-

zielle Förderung bei den Berufswegen zu sehen, egal, ob es jetzt einen Wiedereinstieg oder eine berufliche Weiterentwicklung betrifft, wie es bisher auch der Fall ist.

Von daher hoffen auch wir auf eine Verständigung mit dem Land. Es wäre sicherlich – wie Sie eingangs erwähnt haben – in unserem gemeinsamen Interesse, eine Lösung zu finden. Wir hoffen auch noch auf eine Chance. Da bestätigen mich Ihre einführenden Worte auf eine gewisse regionale Kooperation. Hier kann sicherlich auch das Land noch einmal seinen Beitrag leisten, indem auf der einen Seite nachgegeben wird, was strenge Vorgaben bedeutet, aber auf der anderen Seite noch einmal ein Anstoß gegeben wird - auch an die anderen Partner - zu sagen, da lohnt sich eine Zusammenarbeit. Dieses Thema ist uns allen wichtig.

Von daher möchte ich noch einmal für meine Fraktion betonen, aus unserer Sicht ist es ein Muss, dass wir eine Beratungsstelle in welcher Form auch immer anbieten. Es ist sicherlich richtig, dass die Gleichstellungsbeauftragte für den Fall, dass wir mit dem Land nicht zu einer Lösung kommen, Konzepte entwickelt und dass Mittel im Haushalt, wenn auch in geringerer Form, eingestellt werden. Uns ist auch bewusst, dass wir in Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage diese Mittel nicht einfach vollumfänglich ersetzen können und dann durch den städtischen Haushalt vollumfänglich finanzieren. Auch wenn wir das natürlich gerne wollten. Aktuell hoffen wir allerdings noch sehr auf eine Weiterfinanzierung mit Landesmitteln und denken, falls es nicht funktioniert, ist unsere Kreativität und auch Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Akteuren gefragt. Dazu werden wir sicherlich am Ende eine Lösung finden.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir stimmen heute dem Auslaufmodell Kontaktstelle Frau und Beruf zu. Gleichzeitig fragen wir uns, warum gibt es nicht eine Kontaktstelle Mann und Beruf im Zuge der Gleichberechtigung. Frau Dogan hat es schon gesagt, die Familien sind auch gefragt, nicht nur die Frauen, auch die Männer. Die Zahlen sind so deutlich rückläufig, dass wir uns fragen, ob das überhaupt noch notwendig ist, ob es die Frauen überhaupt noch notwendig haben, eine Kontaktstelle zu haben. Ich glaube, Frauen sind heute mündig genug, dass sie sich selber darum kümmern können. Deswegen stimmen wir dem vorläufig für ein Jahr zu. Wenn die Komplementärmittel gesichert werden können durch das Land und wir die in Anspruch nehmen, stimmen wir dem gerne zu.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Lieber Karl-Heinz, leider ist die Chancengleichheit, die wir anstreben, noch lange nicht verwirklicht. Deswegen ist es immer noch gut, wenn wir etwas schieben, was wir unterstützen. Es ist auch unser Ziel, dass wir eine Gesellschaft haben, wo jeder seine Potentiale entfalten kann. Deswegen wollen wir das auch weiterhin unterstützen. Wir sind dafür. Wir sind auch mit dem vorgeschlagenen Weg sehr da'accord. Deswegen herzlichen Dank für die Bemühungen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine einstimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-

16. Oktober 2020